

Rede Michael Groß, MdB

Plenum, Donnerstag, 24. Mai 2012, TOP 12

BT - Drucksache 17/

„Für einen neuen Infrastrukturkonsens: ÖPP differenziert bewerten, mit mehr
Transparenz weiterentwickeln und den Fokus auf die Wirtschaftlichkeit
stärken“

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

Öffentlich Private Partnerschaften sind in der jüngeren Vergangenheit immer wieder in die öffentliche Kritik geraten. Die Bundesregierung hat sich mehrfach zum ÖPP Modell bekannt. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer hat mit Beginn der 17. Legislaturperiode den Ausbau der Bundesautobahnen mit Hilfe von ÖPP als Lösung seiner Finanzprobleme bei den Verkehrsinvestitionen beschrieben. Aber auf welcher Grundlage sollen mehr Projekte mit Hilfe von ÖPP umgesetzt werden.

Auch die SPD-Fraktion hat sich in den vergangenen Jahren für ÖPP ausgesprochen!

Im Gegensatz zur Bundesregierung sieht die SPD-Bundestagsfraktion jedoch dringenden Reform- und Handlungsbedarf hinsichtlich der Entscheidungsgrundlagen, der Transparenz, der Rahmenbedingungen und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen. Zwingend erforderlich ist auch ein konstruktiver Dialog zwischen den mittlerweile verhärteten Fronten von Befürwortern und Gegnern von ÖPP-Maßnahmen.

Wir - die SPD-Bundestagsfraktion – befinden uns gerade im Dialogprozess zum Infrastrukturkonsens. Eine breite Akzeptanz für Infrastrukturmaßnahmen bei Bürgerinnen und Bürger wird immer entscheidender. Dazu gehört auch die Transparenz von Projekten, die in öffentlicher und privater Partnerschaft durchgeführt werden. 17.000 Seiten-Verträge, die geheim sind und nicht mal den zuständigen demokratisch gewählten Entscheidungsträgern im vollen Umfang zugänglich sind – haben absolut nichts mit Transparenz zu tun.

Bei einer Öffentlichen Privaten Partnerschaft handelt es sich einfach ausgedrückt darum, den Bau, Erhalt und Betrieb einer Einrichtung wie z.B. Schule oder Infrastruktur wie einer Autobahn an einen privaten Investor zu vergeben. Die privaten Unternehmen erbringen eine Dienstleistung im Auftrag der öffentlichen Hand. Die Verantwortung der politischen Entscheidungsträger bei ÖPP Projekten ist enorm und setzt ein umfassendes Wissen und Kompetenz auch von ehrenamtlichen Kommunalpolitikern voraus.

Zurzeit liegen unterschiedliche Bewertungen und Erfahrungen bei ÖPP vor. Die erste Euphorie ist jedoch nicht mehr ohne Schrammen und Macken.

Bundesrechnungshof und die Landesrechnungshöfe haben sich in den vergangenen Monaten immer kritischer geäußert. Aber es gibt auch positive Bewertungen, insbesondere auf kommunaler Ebene.

Eine zentrale Voraussetzung für die Zukunft der ÖPP-Modell wird sein, ob es gelingt, neben Transparenz klare Kriterien zu definieren, warum eine Beschaffung durch die öffentliche Hand im Rahmen langfristiger Verträge mit privaten Wirtschaftsunternehmen sinnvoll ist.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sollten sich auf harte und nachvollziehbare Fakten stützen. Vergleiche zwischen konventioneller Beschaffung und ÖPP sollten plausibel und empirisch nachvollziehbar sein.

Zur Zeit gibt es kaum neutrale Dokumentationen über Erfolge oder Misserfolge von ÖPP-Projekten, nur selten sind Auswertungen in unabhängigen Studien erhältlich. Für genaue Evaluationen und Aussagen zur Bewertung der Projekte nach Abschluss, mangelt es an einer umfassenden Datenbasis oder diese Daten dürfen nicht zur Verfügung gestellt werden.

Durch die geringe Nachvollziehbarkeit und Transparenz lassen sich klar anwendbare Regeln und Kontrollmechanismen zur Zeit nicht wirklich etablieren. dabei erfordert gerade die Komplexität von ÖPP-Projekten in vielen Fällen besonderes Wissen.

Das bedeutet auch, dass wir der öffentlichen Hand dieses Know-How sachlich und personell zur Verfügung stellen müssen. Leider sieht die Realität in den Kommunen vielerorts völlig anders aus. Knappe Kassen führen zu Personalabbau . Für die Umsetzung der ÖPP-Projekte werden in den öffentlichen Verwaltungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter notwendig sein, die hoch kompetent und qualifiziert sind.

Bewertungen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und der mehrere Aktenordner füllenden Verträge, Steuerung und Monitoring, Evaluierung sind nur einige Aufgaben, die zu bedienen sind.

Die langen Laufzeiten von ÖPP und unvollständige Verträge bergen eine relativ große Gefahr für Nachverhandlungen. Die öffentliche Hand bindet sich und die dazugehörigen Finanzen über Zeiträume, die schwer überschaubar sind.

Die Diskussion muss sich in Zukunft stärker an wissenschaftlicher Erkenntnissen und Fakten orientieren. Auf meine schriftliche Frage an die Bundesregierung, ob sie wissenschaftlich belegen könne, dass ÖPP-Projekte „früher, schneller, effektiver und grundsätzlich mit volkswirtschaftlich positiven Effekten gegenüber herkömmlicher Realisierungsarten durchgeführt werden“ erhielt ich die Antwort: „die gesammelten praktischen Erfahrungen lassen oben genannte Effekte erwarten“.

Aber auf schlichte Erwartungen, gerade mit dem Blick auf die andauernde Finanzkrise, sollten wir unsere öffentlichen Haushalte nicht stützen.

Die Beschaffung öffentlicher Güter im Rahmen von ÖPP löst nicht die Einnahme- und Ausgabenprobleme der öffentlichen Haushalte. Besonders für den Verkehrs – und Baubereich gilt: ÖPP ermöglicht kein Bauen ohne Geld. Es beseitigt nicht die Finanzierungslücke auf Bundes- und kommunaler Ebene.

Wir beobachten eine wachsende Schere zwischen armen und reichen Kommunen in Deutschland. Insgesamt lässt sich aber eine strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen feststellen.

Der positiven Einnahmeseite in der Summe aller Kommunen (Saldo in 2012 von ca. 2,1 Milliarden) stehen 45 Milliarden Euro Kassenkredite gegenüber. Die Sozialausgaben drücken die Städte und Gemeinden mit 45 Milliarden Euro. Wie helfen sich die Kommunen? Sie müssen Investitionsstau bei Brücken, in Schulen, in Rathäusern und Jugendheimen in Höhe von zweistelligen Milliardenbeträgen vor sich herschieben.

Hier muss die Bundesregierung den Städten und Gemeinden endlich und tatsächlich helfen und die strukturelle Unterfinanzierung beenden. Konexität ist das Stichwort. Wer auf Bundesebene bestellt muss die Musik vor Ort auch bezahlen.

Eine vermehrte Anwendung von ÖPP kann nach bisherigen Erfahrungen keinen nennenswerten Beitrag zur Reduzierung der strukturellen Verschuldung der öffentlichen Haushalte leisten, vielmehr besteht die Gefahr einer versteckten Verschuldung.

Also die grundsätzlichen Zweifel sind berechtigt, ob ÖPP wirklich in allen Fällen oder eher nur nach einer genauen wissenschaftlich abgesicherten und transparenten Prüfung kostengünstiger für den Steuerzahler ist ?

Wir fordern daher in dem von uns vorgelegten Antrag unter anderem:

1. die Vorlage eines umfassenden Berichts unter besonderer Berücksichtigung der Ergebnisse der Landes- und des Bundesrechnungshofes über den derzeitigen Stand der Entwicklung von Öffentlich Privaten Partnerschaften in Deutschland auch unter Einbeziehung der jüngsten Erkenntnisse aus dem europäischen Ausland
2. grundsätzlich eine Beschaffung im Rahmen von ÖPP nur zu prüfen, wenn im gleichen Maße auch die finanziellen Voraussetzungen für eine konventionelle Realisierung innerhalb der öffentlichen Haushalte vorhanden wären und unter Berücksichtigung der gesamten Laufzeit die ÖPP-Finanzierung insgesamt positiv bewertet wird.

3. eine von wirtschaftlichen Interessen unabhängige Fachkompetenz im Bereich von ÖPP in der öffentlichen Verwaltung sicherzustellen.
4. die bisher verwandte Methodik der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen (PSC) ist kritisch zu untersuchen und auf der Basis neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse zu überarbeiten
5. in Zukunft sind die Ergebnisse der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen (PSC) öffentlich zugänglich zu machen.
6. Die vergleichende Untersuchung ist von unabhängigen Gutachtern vorzunehmen.

Vielen Dank und Glück auf !